



INDECT

Dieses und andere EU-Forschungsprojekte im Bereich der Sicherheitstechnologie lassen in Europa Überwachungswerkzeuge entstehen, von denen man bereits weiß, dass sie hier aus juristischen Gründen nicht eingesetzt werden dürfen. Die große Gefahr ist allerdings, dass die rechtlichen Grundlagen dafür über die EU geschaffen werden, so dass die hohen deutschen Standards ausgehebelt werden - so wie das bereits in anderen Fällen passiert ist.

Ein Szenario: Stellen Sie sich vor, Sie geben an einer Bushaltestelle einer fremden Person Feuer für eine Zigarette. Dies beobachtet eine Kamera. Der Computer findet ihr Verhalten auffällig, weil die Person etwas merkwürdig aussieht. Daher schickt er eine Kameradrohne los, die ihnen folgt. Diese wiederum kann einen Polizisten herbeirufen. Soweit reichte nicht mal die Phantasie von George Orwell.

Durch INDECT entsteht Technologie, die menschliches Verhalten analysiert, und daraus Maßnahmen einleitet. Mit Pech landet man so wegen einer alltäglichen Handlung in einer Gefährderdatei.

Videoüberwachung

Mittlerweile hat die Kameradichte in manchen Gebieten im öffentlichen Raum erschreckende Ausmaße angenommen. Dabei dient diese Maßnahme nur der „gefühlten Sicherheit“: Es werden keine Straftaten verhindert, sondern ein nicht vorhandener Schutz vor Straftaten vorgegaukelt. Das stellt eine Verschlechterung dar, weil Passanten sich wegen der Kameras auf das Auftauchen der Polizei verlassen, statt zu helfen. Dazu besteht die Gefahr, dass durch die Einführung der automatischen Gesichtserkennung Bewegungsprofile aller Passanten erstellt werden können.



Was können Sie nun gegen all dies tun?

Informieren Sie sich, auch unabhängig von uns. Hören Sie sich auch die Befürworter von Überwachung und Datensammlung an.

Fragen Sie bei Verwaltungen und Unternehmen nach, welche Daten dort über Sie gespeichert sind.

Scheuen Sie sich nicht, den Datenschutzbeauftragten Ihres Bundeslandes zu informieren, wenn man Ihnen die Auskunft verweigert.

Besuchen Sie Veranstaltungen mit Politikern, und fragen Sie sie nach deren Meinung zu Datenschutzthemen.

Informieren Sie sich ausführlich über Datenschutz in sozialen Netzwerken, für Sie und ihre Kinder.

Sprechen Sie auch mit Freunden und Bekannten über diese Themen. Es ist etwas, das uns alle betrifft.

Schauen Sie sich an, wer hier zusammenarbeitet. Kein Bündnis, das Sie alle Tage sehen. Denn auch wir sind der Meinung, dieses Thema geht uns alle an.

DIE LINKE.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



INTERNATIONALER TAG DER PRIVATSPHÄRE

Was würden Sie sagen,
wenn der **Staat** einen
Kopierer an Ihrem **Briefkasten**
montiert?



Bundestrojaner
Vorratsdatenspeicherung
Beschäftigtendatenschutz
Indect
Aeroceptor

Sicher nicht!

Und ebenso wenig sollten Sie akzeptieren, dass der Staat speichern möchte, mit wem Sie telefonieren und Emails austauschen. Dass Ihre Bewegungen auf der Straße von Kameras überwacht und in Zukunft von Computern analysiert werden. Dass von Verwaltungen und Sozialversicherung umfangreiche Persönlichkeitsprofile angelegt werden.

Sie glauben, Sie haben nichts zu verbergen? Auf den ersten Blick könnte man dies denken. Die Auswertung von Daten führt zu Rückschlüssen, die Sie selber nie über sich treffen würden. Was bei einer Firma noch dazu dient, zielgerichtete Werbung zu schalten, kann Sie in den Augen von Krankenkassen und Versicherungen zu einem Risikofaktor machen.

Können Sie sich frei verwirklichen, wenn dies vom Staat, Firmen und Versicherungen vielleicht einmal gegen Sie verwendet wird? Was würden Sie sagen, wenn Sie in einigen Jahren eine medizinische Behandlung selbst bezahlen müssen, weil Ihre Krankenkasse Ihnen den Erwerb ungesunder Lebensmittel vorhält?

Wenn alle Menschen überwacht werden, wegen der Taten Einzelner, wie frei sind wir dann noch?

Wenn Arbeitgeber sich über die Freizeitaktivitäten von Bewerbern informieren können, verändert dies dann nicht unser Verhalten?

Vieles, was Sie gleich lesen, soll die Infrastruktur dafür schaffen.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen einige Bereiche vor, wo Ihre Privatsphäre bedroht ist.



Vorratsdaten- speicherung:

Obwohl das Bundesverfassungsgericht schon einmal ein Gesetz zu dieser Protokollierung aller Telekommunikationsdaten für verfassungswidrig erklärt hat, wollen viele Politiker und Ermittlungsbehörden dieses Überwachungswerkzeug erneut einführen. Dabei gibt es mehrere wissenschaftliche Arbeiten, welche die Unwirksamkeit solcher Datensammlungen für die Verfolgung

schwerer Straftaten oder Terrorbekämpfung festgestellt haben. Die Daten aller Bürger zu speichern, alle Menschen zu verdächtigen, ohne Grund, dies lehnen wir ausdrücklich ab. Solche Datensammlungen öffnen Missbrauch Tür und Tor.

Sicherheitsgesetze

BKA-Gesetz, Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz und weitere Gesetze stellen zusammen mit den verschiedenen Terrorabwehrzentren und Sicherheitsbehörden inzwischen einen unüberschaubaren Apparat dar, der trotzdem oder vielleicht gerade wegen seiner Unübersichtlichkeit des öfteren versagt hat. Nicht zuletzt der NSU-Fall zeigt, wie verfehlte Sicherheitspolitik Täter schützt und für massive Unsicherheit sorgt. Gesetzgeber und Ministerien sind hier dringend gefordert, alle Bereiche seriös und ergebnisoffen zu prüfen, und anschließend nicht Funktionierendes zu verbessern und Nutzloses bzw. Überflüssiges abzuschaffen.

Beschäftigtendatenschutz:

Trotz der vielen Vorfälle von unmäßiger Videoüberwachung am Arbeitsplatz in den letzten Jahren ist bislang noch keine Verbesserung der Gesetzeslage zum Arbeitnehmerdatenschutz erfolgt.

Im Gegenteil:

Die bisherigen Vorschläge stellten Rückschritte dar und mussten auf öffentlichen Druck zurückgezogen werden. Und Unternehmensverbände und andere Gruppen versuchen, wachsweiße Formulierungen und vielfältige Ausnahmeregelungen durchzusetzen, so dass die großen Skandale der Vergangenheit künftig legale Praxis wären. Eine seriöse und wirksame Gesetzesgrundlage zum Schutz von Beschäftigten vor Überwachung und Weitergabe ihrer Daten ist überfällig.

Soziale Netzwerke

Die Betreiber der großen sozialen Netzwerke verdienen ihr Geld mit der Vermarktung der Daten ihrer Nutzer. Oft wird dabei geltendes deutsches und europäisches Datenschutzrecht verletzt, was aus juristischen Gründen derzeit nicht verfolgt werden kann. Hier ist zum einen die Politik gefordert, klare Verbesserungen vorzunehmen. Zum anderen sollte auch jeder einzelne Nutzer dieser Netzwerke vorsichtig und zurückhaltend bei der Preisgabe seiner sowie der Daten anderer sein. Denn das Internet vergisst nicht!

Schlagworte nach denen Sie im Internet suchen können:

VDS, Vorratsdatenspeicherung, EU-Datenschutzrichtlinie, Bundestrojaner, Privacy-by-Design, Unschuldsvermutung, Peter Schaar, BKA-Gesetz, Gesundheitskarte, ELENA, eGovernment, PNR, Fluggastdaten, SWIFT-Abkommen, Gesichtserkennung, Klarnamenzwang, INDECT, Rasterfahndung, Datenschutzbeauftragter, Biometrie, Rabattsysteme, Kundenkarten

